

«Das war eine böse Behauptung»

Binningen. Gemeindepräsident Charles Simon (SP) nimmt Stellung zu den sich häufenden Vorwürfen

INTERVIEW: PETER DE MARCHI

Von Geschmacksfragen über die Schlossmauer bis zu fast verleumderischen Anschuldigungen an das Wahlbüro: Der Binninger Gemeinderat steht unter Dauerbeschuss aus rechtsbürgerlichen Kreisen.

BaZ: Das Ja zum Zusatzkredit für den Schlosspark fiel hauchdünn aus. Wie erklären Sie sich das?

CHARLES SIMON: Ich war ebenfalls überrascht, rechnete ich doch mit einer höheren Zustimmung. Da sind wohl ein paar Faktoren zusammengekommen. Zuerst aber steht bestimmt die militante Kritik aus Kreisen der SVP. Da wurde ein ganz unfairer Abstimmungskampf geführt mit Behauptungen, die unter die Gürtellinie gingen, die zum Teil auch nicht oder nur teilweise stimmten. Gegen solche Vorwürfe aber kann sich eine Gemeinde nur schwer zur Wehr setzen. Auf dem Plakat der SVP etwa wurde dem Gemeinderat unterstellt, gemauschelt zu haben bei der Vergabe der Bauarbeiten. Das stimmt nun schlicht und ergreifend nicht, wir ha-



In Abwehrhaltung. Gemeindepräsident Charles Simon (62) muss sich gegen viele Vorwürfe vonseiten der SVP wehren. Foto Elena Monti

«Zuoberst aber steht bestimmt die militante Kritik aus Kreisen der SVP.»

ben die Vergabe nach den klaren Regeln des Submissionsgesetzes durchgeführt. Zudem wurde das Vorgehen betreffend Zusatzkredit im Mai/Juni 2007 gemeinsam mit den Exponenten des Einwohnerrats festgelegt. Dass ein Ja eine gemeinsames Anliegen von Einwohnerrat und Gemeinderat ist, ist vielleicht zu wenig durchgedrungen.

Auch die neue Schlossmauer hat zu grosser Unruhe geführt in der Bevölkerung, von einer klotzigen Klagemauer ist die Rede. In einer Initiative werden jetzt Korrekturen verlangt. Muss die Mauer weg?

(Lacht.) Da gibt es verschiedene Meinungen, schlussendlich geht es auch um Geschmacksfragen. Der Gemeinderat hat die Schlossmauer gemäss dem allen bekannten Projekt ausführen lassen, das Projekt, das 1997 aus einem Wettbewerb als Sieger hervorgegangen war. Nach der Volksabstimmung vom Mai 2004 gab es nur eine kleine Änderung. Auf der einen Seite der Treppe wurde ein Behindertenlift eingebaut. Deshalb wirkt die Mauer jetzt vielleicht ein wenig massiger. Die Mauer signalisiert auch die klare Zweiteilung zwischen dem gehobenen Schloss-Restaurant, wo eine geschütztere Atmosphäre erwünscht ist, und dem öffentlichen Park. Das wurde damals im Wettbewerb speziell betont. Der Gemeinderat steht nach wie vor zu dieser Mauer. Unter dem Druck der Volksinitiative aber werden wir jetzt ganz konkrete Alternativen mit den Kostenfolgen ausarbeiten und zur Vorprüfung an die Kantonsverwaltung nach Liestal schicken. Danach unterbreiten wir das Geschäft dem Einwohnerrat, und dieser wird entscheiden, ob es zur Volksabstimmung kommen soll oder nicht.

Die Schlosspark-Planung war von Miss-tönen begleitet: Der Hotelbetrieb stiess auf Kritik, mit der Firma Glanzmann kam es zu einem langwierigen Rechtsstreit. Hat der Gemeinderat schlecht geplant?

Die Frage, ob es Staatsaufgabe sei, ein Hotel zu führen, wurde von bürgerlicher Seite immer wieder aufgeworfen. Man könnte genauso fragen, ob es Staatsaufgabe ist, ein Restaurant zu führen. Binningen hat nun mal das Schloss, und mittlerweile betrachten auch ehemalige Kritiker die neuen

Gästezimmer als gelungene Sache. Das Hotel ist heute grossmehrheitlich akzeptiert.

Und der Streit mit der Firma Glanzmann?

Nach der Volksabstimmung 2004 merkten wir, dass die Firma Glanzmann mit dem Projekt der Tiefgarage nicht einverstanden war. Die Mauer der Einfahrt war ihnen zu nahe am Birsig und so zu nahe an dem eigenen Bauprojekt. Der Gemeinderat hat dann das Baugesuch wie vorgesehen eingereicht, und es folgte das normale Einspracheverfahren des Nachbarn Glanzmann, der mit dem Projekt nicht einverstanden war. Das Verfahren zog sich in die Länge, weil wir trotz Zuzug eines Mediators und der Diskussion weiterer Varianten keine Einigung erreichten.

Mit der Baulinie aber ist ein Fehler passiert. Die Gemeinde hat sie zu nahe an die Birsig gelegt.

Das stimmt nicht. Wir hätten tatsächlich so nahe an den Bach bauen dürfen, der Kanton hat dieser Lösung in der Vorprüfung bereits zugestimmt. Wir haben dann aber eine Variante ausgearbeitet, worin die Abschlussmauer der unterirdischen Einstellhalle sechs Meter zurückversetzt ist. Die Firma Glanzmann aber hat auch dagegen Einsprache erhoben. Das Gericht hat dann im August 2007 den Vergleich vorgeschlagen, dass die Firma die zurückversetzte Baulinie akzeptieren soll. Die Gemeinde hat also vollumfänglich recht bekommen vor Kantonsgericht.

«Die Kritik an der Mauer war zum Teil so heftig, dass ich selber erschrocken bin.»

Schlosspark-Kritiker, Mauergegner und jetzt sind auch noch die Schwinger gegen den Gemeinderat aufgebracht. Ist im Spannungsfeld zwischen Kinderbetreuung und Schwinkeller tatsächlich keine Lösung möglich, mit der alle Beteiligten gut leben könnten?

Der Gemeinderat ging im September noch davon aus, dass er mit der Athletikhalle im Spiegelfeld eine akzeptable Lösung gefunden hätte. Der damalige Vereinspräsident zeigte sich kooperativ und verstand auch, dass die Gemeinde den Raum jetzt für sich benötigt. An der GV der Schwinger aber hat sich die Stimmung gekehrt, und der Verein hat das Referendum ergriffen, in der Meinung, dieses lasse sich zurückziehen, wenn eine akzeptable Lösung gefunden werde. Ein Rückzug aber ist nicht möglich. Es muss nun eine Volksabstimmung geben. Mittlerweile aber haben wir mit den Schwingern zusammen diese Athletikhalle angeschaut. Jetzt wird ein Projekt ausgearbeitet, wie der Schwinkeller in dieser Halle eingerichtet werden könnte.

Damit nicht genug: Auch das Wahlbüro ist aus SVP-Kreisen in die Kritik geraten, die Stimm- und Wahlrechtscouverts zu früh zu öffnen. Da schwingt unterschwellig der Vorwurf möglicher Manipulation mit. Wie geht der Gemeinderat mit einem so schwerwiegenden Vorwurf um?

Das war eine böse Behauptung. Es ist stossend, wenn ein Mitglied des Einwohnerrats und der Geschäftsprüfungskommission mit solchen Vorwürfen direkt an die Presse gelangt. Er hat uns via Presse mit Behauptungen überfallen, die in keiner Weise stimmen. Der Gemeinderat hat sich versichert, dass das Vorgehen des Wahlbüros im Baselbiet gängige Praxis ist. Das Wahlbüro wird sich selber noch zu den Vorwürfen äussern.

Wäre da nicht fast der Tatbestand der Verleumdung gegeben?

Wir überlegen uns tatsächlich rechtliche Schritte.

Immer noch nicht genug: Jetzt brodelt es auch wegen des «Binninger Anzeigers». Musste der Gemeinderat das Blatt wirklich einer Submission unterwerfen? Andere Gemeinden, etwa im Einzugsgebiet des «Birsigtal-Boten», scheinen andere Lösungen zu finden.

Ich möchte mich nicht über andere Gemeinden äussern. Für uns ist klar, dass das Submissionsgesetz für alle gilt im Kanton. Das Gesetz wurde eingeführt, um Begünstigungen auszuschliessen. Wir haben die amtlichen Publikationen bereits vor sechs Jahren ausgeschrieben, und der «Binninger Anzeiger» hat dafür den Zuschlag bekommen.

Es sind ja nicht nur Aussenstehende, die sich für das Blatt stark machen, der «Binninger Anzeiger» stellt sich selber quasi als Opfer behördlicher Willkür dar.

Die Verantwortlichen des «Binninger Anzeigers» könnten die Submission ja auch als Ansporn verstehen, ihr Blatt nochmals zu verbessern. Die Chancen des Anzeigers sind intakt, den Zuschlag erneut zu bekommen. Der Preis macht ja nur 40 Prozent der Vergabekriterien aus. Im Weiteren werden beurteilt: Konzept, Qualität, Kompetenz und Erfahrung. Die lokale Verankerung spielt bei der Vergabe daher eine grosse Rolle.

Spüren Sie denn, als Folge dieses Dauerbeschusses von Rechtsaussen, ein generelles Misstrauen oder eine Verärgerung der Bevölkerung gegenüber dem Gemeinderat? Dieses knappe Ja zum Nachtragskredit könnte als Schuss vor den Bug gedeutet werden.

Wie vorher angesprochen, gibt es unterschiedliche Unzufriedenheiten in der Bevölkerung. Vor allem bei der Schlossmauer, da ist die Kritik direkt an mich herangetragen worden. Zum Teil so heftig, dass ich erschrocken bin. Ich kann akzeptieren, dass die Mauer nicht allen Leuten gefällt. Noch braucht es aber seine Zeit, bis alles fertig ist, die Pflanzen und Bäume alle gesetzt und eingewachsen sind, die Bänggli montiert sind und der Belag fertig ist. Ich meine, bis in zwei bis drei Jahren sieht das ganze Ensemble wesentlich freundlicher aus. Daher bitte ich um etwas Geduld. Jetzt haben wir einen erneuerten Gemeinderat, der äusserst agil und entschlossen ist. Wir haben in Zukunft noch viel vor, und ich kann unseren Kritikern nur sagen: Das einzig Konstante ist die Veränderung. Ich kann mir vorstellen, dass vielen Leuten Veränderungen nicht behagen, und dieses generelle Unbehagen wird von rechtsbürgerlichen Kreisen noch aufgewühlt. Selbstverständlich aber sind wir offen für fair angebrachte Kritik, und wir stellen uns gerne der Diskussion.

nachrichten

Kirchgemeinde sucht speziellen Täufling

ETTINGEN. Jeweils Anfang Jahr befassen sich die Schülerinnen und Schüler der zweiten Religionsklasse der Primarschule mit dem Thema der Taufe. Eine der Unterrichtseinheiten besteht aus dem Besuch eines Taufgottesdiensts. Damit die Kinder diesen kirchlichen Weiheakt erleben können, werden Eltern gesucht, die bereit sind, ihr Kind am Gottesdienst am 8. Februar taufen zu lassen. Auskunft: Pfarrer Dietrich Jäger (Tel. 061 721 72 29).

Gemeinde legt neuen Zonenplan für Lindenhof auf

PRATTELN. Bis zum 15. Januar 2009 liegt auf der Gemeindeverwaltung der Entwurf Zonenplan Siedlung, Mutation Lindenhof (Hof Zur Lindenstrasse), öffentlich auf. Innerhalb der Frist können beim Gemeinderat schriftlich und begründet Einwendungen erhoben und Vorschläge eingereicht werden, die bei der weiteren Planung berücksichtigt werden, sofern sie sich als sachdienlich erweisen.

Hundesportler bekommen eine Gnadenfrist

Birsfelden. Der Bau des neuen Alters- und Pflegeheims an der Hardstrasse verzögert sich leicht

PETER DE MARCHI

Anfang Mai wird definitiv mit dem Bau des neuen Alters- und Pflegeheims begonnen. Der Verein Hundesport Birsfelden aber hat noch kein neues Areal – und macht den Gemeinderat dafür verantwortlich.

Eigentlich sollten sie schon weg sein, weg von dem Areal an der Hardstrasse, auf dem die Mitglieder des Vereins Hundesport Birsfelden seit über 80 Jahren ihre Bleibe haben und mit ihren Hunden trainieren. Auf der Wiese wird das neue Alters- und Pflegeheim gebaut, der Baubeginn aber hat sich leicht verzögert. Es fehle noch eine kleine Unterschrift aus Arlesheim, dann könne der Kanton die Baubewilligung erteilen, sagt Alex Gasser, Präsident der Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden. Der Verein Hundesport sei mit der Bitte an den Stiftungsrat gelangt, noch etwas länger bleiben zu dürfen, da noch kein neues Trainingsareal gefunden werden konnte.

Die Bitte sei im Stiftungsvorstand sehr heftig diskutiert worden, sagt Gasser, weil der juristische Streit noch gegenwärtig gewesen sei, den der Ver-

ein mit der Gemeinde ausgefochten hatte, als es darum ging, das Areal verlassen zu müssen. Schliesslich habe sich der Vorstand darauf einigen können, dem Verein entgegenzukommen, habe sich aber vertraglich abgesichert, dass das Areal Ende April tatsächlich geräumt wird.

ENDE 2010. Anfang Mai gilt es nun ernst: Das Areal wird für den Bau vorbereitet, Zivilschützer fällen die Bäume und reissen die Clubhütte ab. Nach den Sommerferien soll mit dem Aushub der Baugrube begonnen werden, Ende 2010 wird das neue Alters- und Pflegeheim fertig sein, und das alte kann abgerissen und ebenfalls durch einen Neubau ersetzt werden.

Der Verein Hundesport Birsfelden aber hat Anfang Mai ein erhebliches Problem, denn bis heute konnte kein geeigneter Ersatz gefunden werden. «Im schlimmsten Fall stehen wir auf der Strasse», sagt Präsidentin Yvonne Baumann. Sie weiss aber auch, dass der jetzige Standort nicht mehr ideal ist, zu dicht sind die Häuser im Laufe

der Jahrzehnte an das Hundesportareal heran gebaut worden. «Wir betreiben keinen ruhigen Sport. Hunde sind nun mal Lebewesen, die nicht immer still sind.» Enttäuscht aber zeigt sich Yvonne Baumann vom Birsfelder Gemeinderat. Er habe dem Verein versprochen, sich für einen Ersatz stark zu machen, wenn er das Areal verlässt. Passiert aber sei nichts.

Über solche Anschuldigungen kann sich der zuständige Gemeinderat Jakob Nussbaum nur wundern. Er habe etliche Möglichkeiten abgeklärt, habe in Muttens, Münchenstein, Arlesheim, Reinach und Bottmingen nachgefragt, ob ein Areal zur Verfügung stehe, habe alle Vorschläge aus den Reihen des Vereins abgeklärt, sei sogar mit dem früheren Kantonsplaner durch die Gegend gekurvt und habe Ausschau gehalten nach einem Platz für den Hundesport: «Mehr kann ich nun wirklich nicht machen. Es gab aber nur Absagen.» Nussbaum aber hofft weiter, für den Verein eine Lösung finden zu können, denn der Verein habe seine Berechtigung.